

Krieg und Militär lösen keine Probleme

In einer Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag wird der völkerrechtswidrige Angriff auf Syrien verurteilt.

Die Friedensbewegung wird zu Protesten aufgerufen.

In einer ersten Stellungnahme heißt es u.a.: Ohne dass gesicherte Erkenntnisse über den Einsatz chemischer Kampfstoffe in Douma vorliegen, haben US-amerikanische, französische und britische Marine- und

Luftstreitkräfte in der Nacht auf den 14. April 2018 über 100 Raketen und Marschflugkörper auf staatliche syrische Ziele abgefeuert.

Obwohl die Beratungen im UN-Sicherheitsrat nicht abgeschlossen waren, erteilten die Staatsoberhäupter der USA, Frankreichs und Großbritanniens den Einsatzbefehl. Weder lag ein Angriff auf diese Staaten vor, der Selbstverteidigungsmaßnah-

men gerechtfertigt hätte, noch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates. Die Handlungen dieser drei westlichen UN-Sicherheitsratsmitglieder haben das Völkerrecht gebrochen. Donald Trump, Emmanuel Macron und Theresa May müssen dafür angeklagt werden – ebenso wie die Täterschaft des mutmaßlichen Chemiewaffenangriffs auf Douma strafrechtlich verfolgt werden muss. Die Bundesregierung hatte sich gegen eine militärische Beteiligung an einem Angriff auf Syrien ausgesprochen. Die Bundesregierung muss jetzt den völkerrechtswidrigen Angriff verurteilen. Wir fordern, dass die Bundeswehr aus der Region unverzüglich abgezogen wird.

(Fortsetzung nächste Seite)

Jeder sollte es eigentlich wissen: Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit. Jeder sollte schon spüren: Da wird was vorbereitet. Es wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Keiner kann die täglichen Lügen einschätzen. Gift-Anschlag in Salisbury, Giftgas-Angriff in Syrien. Die Wahrheit wird nicht ermittelt werden.

In jedem Fall heißt es aber: „Es waren die Russen“, es war „der Schlächter Assad“. Also schnell Raketen abschießen, nicht abwarten. Man muss kein Putin-Freund sein, wenn man auch Verständnis für russische Argumente hat. Man kann Baschar al-Assad verabscheuungswürdig finden. Die Frage muss man aber immer stellen: Um was geht es eigentlich? Will man mit Krieg Demokratie herstellen oder geht es auch um Geld, um viel Geld.

Diese Herangehensweise findet man weder bei Angela Merkel, Ursula von der Leyen noch Heiko Maas. Sie sind eingebunden im hier herrschenden kapitalistischen System, abhängig vom großen Geld - und an Rüstung und Krieg wird viel verdient.

Der deutsche Militäretat für 2017 wurde um 8%, also um 2,7 Milliarden Euro, auf satte 37 Milliarden Euro erhöht. Diese Erhöhung soll nun in jedem Jahr noch einmal erfolgen.

Die Rüstungsunternehmen jubeln. Im Geschäftsjahr 2016 stieg allein der Konzernumsatz des Düsseldorfer Unternehmens Rheinmetall bereits um 8% auf 5602 Millionen Euro. Da jongliert man schon mal am Rande des Abgrunds.

Nie vergessen: Weltweit gibt es 15.400 Atomsprenköpfe. Nach wie vor besteht die Gefahr eines die Menschheit vernichtenden Atomkrieges. Höchste Zeit für Nachdenken und Aktivität.

In unsern Tagen aber führen die Fürsten ganz ungefährdet Kriege, die Heerführer werden reicher, und der größte Teil der Übel wird auf die Bauern und auf das Volk abgewälzt, die am Kriege nicht das geringste Interesse haben und die selber gar keinen Anlaß zum Kriege geben. Ein sachliches Erwägen der Kriegsursachen wird erweisen, daß alle Kriege zum Vorteil der Fürsten vom Zaun gebrochen und stets zum Nachteil des Volks geführt wurden, da ja das Volk nicht im geringsten daran interessiert war.

Erasmus von Rotterdam in seiner Schrift „Die Klage des Friedens“ (1517)

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir verlangen von der Bundesregierung, zu unterbinden, dass militärische Einrichtungen auf deutschem Territorium von NATO-Verbündeten für völkerrechtswidrige Angriffshandlungen genutzt werden.

Wir sehen mit sehr großer Sorge, dass das Völkerrecht als Eckpfeiler der internationalen Beziehungen durch Kriegshandlungen westlicher Staaten fortgesetzt verletzt wird. Um hier nur die gravierendsten Beispiele zu nennen: Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, der US-amerikanisch-britische Angriffskrieg gegen den Irak 2003, die Marschflugkörperangriffe der USA auf das syrische Al-Schairat 2017 und jetzt wieder.

Es bedarf seitens der Bundesregierung großer Anstrengungen, das Verhältnis zu Russland zu entspannen, eine gleichberechtigte Beziehung aufzubauen, um die Kontroversen konstruktiv zu lösen. Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung.

Wir fordern die Friedensbewegung weiter auf, ihre Proteste auf die Straße zu tragen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Raketen, Diplomatie und neue Drohungen

Nach den Angriffen in Syrien verschwand auch viel Vertrauen zwischen den Handelnden.

Die Bundesregierung solidarisierte sich mit den Luftangriffen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf Ziele in Syrien. Das war die falsche Entscheidung.

Der russische Präsident W. Putin warnte vor weiteren Angriffen, die die UN-Charta verletzen würden. Sollten sie fortgeführt werden, entstehe internationales „Chaos“.

Der russische Außenminister sieht das Vertrauen zwischen Moskau und dem Westen durch die Militärschläge weiter schwinden.

Wann beginnt die Friedensinitiative der neuen Großen Koalition?

Schon oft begann es mit einer Lüge ...

Genauso völkerrechtswidrig wie die US-geführten Luftangriffe auf Syrien jetzt (und auch vor einem Jahr im April 2017) waren die Angriffskriege gegen den Irak und Libyen. Die NATO trug damit maßgeblich zur Destabilisierung der arabischen Welt bei. Am Anfang solcher Kriege standen oft Lügen oder Halbwahrheiten. Mit den Worten von Wikileaks-Gründer Julian Assange: „Fast jeder Krieg der letzten 50 Jahre war eine Folge von Medienlügen.“

Hier nur die bekanntesten Fälle:

1964 griffen die USA nach einem falsch dargestellten Zwischenfall in der Tonkin-Bucht in den Vietnamkrieg ein.

1990 wird mit der von einer PR-Agentur entwickelten „Brutkastenlüge“ der Angriff auf den Irak gerechtfertigt.

1999: Das „Massaker von Racak“ (Kosovo) wird den Serben angehängt und ist ein Vorwand für den NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien.

2003: Die Lüge über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak, die einige Jahre später widerlegt werden kann, begründet den 2. Irak-Krieg.

Wer weiter zurückgehen will, kann z.B. den Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 nehmen: Als Kriegsvorwand sprengten die Amerikaner im Hafen von Havanna ihr Kriegsschiff USS Maine und schoben die Tat den Spaniern unter.

In anderen Konflikten wie 2008 in Georgien und 2013/2014 in der Ukraine stellt man Russland als Hauptaggressor dar und vertuscht und verschweigt die Einflussnahme, Einmischung und militärische Aufrüstung durch den „Westen“ (NATO, USA, Bundesrepublik u.a.).

Wer sich vertieft damit beschäftigen will, dem sei das Buch „War made easy“ des US-Amerikaners Norman Solomon empfohlen, das es im Internet auch als Dokumentarfilm in deutscher Sprache gibt.

Nichts vergessen

Viele Menschen, mit denen wir sprachen, sind besorgt über die kriegerische Entwicklung.

Einer sagte: „Die stehen bis zu den Knien in einem Schwimmbad mit Benzin und rauchen Zigaretten!“ Die Älteren sind meist besonders nachdenklich.

Sie wissen meist auch, wie das war, als die Nazis die Welt ansteckten mit Lügen und Antikommunismus.

Wie es war, als die Flamme zurückschlug, die Bomber über Frankfurt und Damstadt auftauchten. Wie es war, als die Gefallenenmeldungen in die Häuser von Mörfelden und Walldorf gebracht wurden.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus war die Erkenntnis im Jahre 1945, als der Krieg zu Ende ging. Wir sollten uns erinnern!

BERTOLT BRECHT

Das Gedächtnis der Menschheit

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz.

Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.

Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod.

Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.

Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!

Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,

wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Ene, mene, miste, Kinder in die Kiste

Die „Container-Kita“ wird gerade gebaut. Es sei ein Provisorium für zunächst drei Jahre, sagt man uns.

Die Rathaus-Entscheidung für die Container hat für heftige und berechtigte Kritik seitens der Feuerwehr gesorgt. Die Einsatzabteilung warnte vor gefährlichen Situationen beim Ausrücken und meldete Bedenken an, dass wertvolle Minuten verloren gingen, falls Eltern mit ihren Autos die Straße blockierten.

Von Beschäftigten aus den Kindertagesstätten gab es ebenfalls Bedenken.

Jetzt werden 44 Container aufgestellt an einem Platz, wo früher Sperrmüll sortiert wurde. Die Kosten für Anlieferung und Montage der Container sind mit knapp 200.000 Euro kalkuliert. Darüber hinaus sind 140.000 Euro für die Ausstattung sowie 106.000 Euro für die jährliche Miete veranschlagt. Die Betriebskosten gibt der Magistrat mit 770.000 Euro pro Jahr an. Billig ist diese Lösung also auch nicht. Personal wird dringend gesucht.

Bleibt noch die Frage, ob man nicht wirklich besser planen kann im Amt des Ersten Stadtrates.

Wann und wie groß der Bedarf an Kita-Plätzen ist, kann man relativ leicht errechnen.

**Große und kleine Politik gehören zusammen.
Wenn oben das Geld falsch ausgegeben wird,
fehlt es unten in der Kommune!**

Die DKP und der „blickpunkt“ beteiligen sich an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.

**Unterschriftenlisten,
Materialien und weitere Infos gibt es hier:**

**www.abruesten.jetzt
oder bei: Gerd Schulmeyer
Telefon 23366**



Die Initiative „Straßenbeitragsfreies Hessen“, eine AG hessischer Bürgerinitiativen, demonstrierte auf der Baummesse in Darmstadt gegen die Straßenbeitragsatzung („Strabs“).

Aufwändig und teuer

Statt das Thema Straßenbeiträge komplett abzuschaffen, überlegt die hessische Regierungskoalition, den Straßenbeitragsirrsinn mit einem Verwaltungsmoloch namens „Wiederkehrende Straßenbeiträge“ weiter am Leben zu halten. Der Verwaltungsapparat wird dadurch weiter aufgebläht und Steuermillionen verschwinden für Kommunalberatung und für Anwaltskanzleien.

In der Pressemitteilung der AG Straßenbeitragsfreies Hessen heißt es u.a.:

Wiederkehrende Straßenbeiträge sind aufwändig und teuer. Statt den Straßenbeitragsirrsinn komplett abzuschaffen, erwägt die Regierungskoalition, die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge zu subventionieren. Straßenbeiträge als Einmalbeiträge erreichen in Hessen mittlerweile oft mittlere fünfstelligen Eurobeträge. Sie werden vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt. Die Anhörung zu einer Gesetzesänderung am 12. April im Landtag zeigte, dass auch die wiederkehrenden Straßenbeiträge weitgehend auf Ablehnung stoßen. Bürgermeister, Bürgerinitiativen, Rechtswissenschaftler und selbst kommunale Spitzenverbände waren sich einig: „zu aufwändig, zu teuer, ebenso ungerecht und rechtlich angreifbar“. Kürzlich wurde bekannt, dass z.B. Bad Nauheim allein für die

Umstellung 240.000 Euro als ersten Ansatz budgetiert hat. Berichtet liegen bereits vor, dass Anlieger mehr als ein tausend Euro jährlich als ihren „wiederkehrenden Straßenbeitrag“ zahlen sollen. Trotzdem gibt es Anzeichen, dass die schwarz-grüne Regierungskoalition jetzt noch die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge forcieren will. Wegen des hohen Aufwands – so die Überlegungen – soll den Kommunen der Umstieg auf die „Wiederkehrenden“ mit Steuermillionen aus Landesmitteln erleichtert werden. Die AG Straßenbeitragsfreies Hessen, eine AG hessischer Bürgerinitiativen, lehnt das ab. „Derartige Überlegungen laufen in die völlig falsche Richtung. Wiederkehrende Beiträge erfordern einen immensen Aufwand für die Einführung. Ebenso für die Anwendung. Auch bei den „Wiederkehrenden“ werden nur die Grundstücks- und Hauseigentümer zur Finanzierung der Gemeindestraßenenerneuerung herangezogen. Es ist zu befürchten, dass diese Beiträge dann stillschweigend auch für die Straßeninstandhaltung verwendet werden, die aber laut Gesetz aus dem Gemeindehaushalt gezahlt werden muss.“

Statt mit Steuermillionen Kommunalberatungen und Anwaltskanzleien zu subventionieren und den Verwaltungsapparat aufzublähen, sollten die Straßenbeiträge komplett abgeschafft werden.



Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

Von der Ferne gesehen

Jetzt gibt es daheim eine neue Groko. Die Braun/Blauen sind im Bundestag. In Österreich gab es den Rechtsruck und der CSU-Freund Orbán baut in Ungarn seine Macht aus.

„Heimatminister“ Seehofer will mehr Überwachung, Pharmareferent Spahn will uns weis machen, dass Harz IV doch zum Leben reicht und die AfD lacht sich ins Fäustchen, wie viele ihrer Wahlthemen es doch in die Regierung geschafft haben.

Doch worauf wir hier zusteuern, muss nicht phantasiert werden, man kann es sich hier ansehen.



Auf dem Schild steht: Beschützt die japanische Verfassung! Es wurde bei einer Demo in Tokyo hochgehalten, die vor dem Parlament stattfand.

In Tokyo zum Beispiel. Hier hat man von Einrichtungen wie dem in vielen deutschen Großstädten fahrenden „Kältebus“ noch nichts gehört, weshalb es erst kürzlich ein Zusammenschluss aus Antifaschisten, Anarchisten und Kommunisten in die nationalen Medien in Form der „Japan

times“ schaffte. Womit? Mit etwas so einfachem wie dem Verteilen des Nötigsten an Obdachlose in der kalten Jahreszeit. In Deutschland gibt es das schon Tausendfach. In Japan ist der kleine Haufen von Idealisten noch der einzige Lichtblick für die Schwächsten der Gesellschaft.



Mitglieder der Tokyo Spring homeless patrol. Tokyo spring ist eine anarcho-kommunistische Bewegung. Diese geht alle 14 Tage durch einen anderen Stadtteil und verteilt Essen und Spenden an die Obdachlosen (meistens Decken, Wäsche, Schlafsäcke o.a.).

Hier dominiert seit Jahrzehnten beinahe ununterbrochen eine national-konservative Rhetorik. Ergebnis: Den meisten Japanern ist das Schicksal ihrer Mitbürger ziemlich egal.

Wenn wir uns Diskussionen wie die um die Essener Tafel ansehen, das Jubiläum der örtlichen Tafel in Mörfelden addieren und vor der steigenden Anzahl Hilfsbedürftiger nicht die Augen verschließen wollen, dann dürfen wir uns nicht entsozialisieren, entsolidarisieren und schlussendlich nicht entmenschlichen lassen.

Es braucht frische Ideen und frische Köpfe - und an denen mangelt es in der neuen Groko - ähnlich wie im ebenfalls frisch gewählten japanischen Parlament.

Haniel: 60 Millionen...

... bekommen in diesem Jahr die Haniel-Erben.

Die 700 Familienmitglieder erhalten je ein „Geldgeschenk“ von 85.000 Euro für das vergangene Jahr.

Während sich der Umsatz des Duisburger Konzerns Haniel um 14 Prozent auf 4,138 Milliarden Euro erhöhte, stieg das Ergebnis nach Steuern um 72 Prozent auf 248 Millionen Euro.

Dazu beigetragen habe die US-Steuerreform von Präsident Donald Trump, hieß es.

An die mit knapp 700 Mitgliedern weltweit verzweigte Eigentümer-Familie wird eine Dividende von 60 Millionen Euro ausgeschüttet.

Jung und arm

Jeder siebte Minderjährige ist bei uns auf Hartz IV angewiesen. Die Zuwanderung von Flüchtlingen, aber auch von EU-Bürgern, hat die Zahl der auf Hartz IV angewiesenen Kinder und Jugendlichen stark steigen lassen. Im vergangenen Jahr sei jeder Siebte unter 18 Jahren auf die Unterstützung der Jobcenter angewiesen gewesen. Noch vor fünf Jahren war es erst knapp jeder achte Minderjährige.

Das geht aus jüngsten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit hervor.

Insgesamt lebten im vergangenen Juni 2,052 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien, die auf Hartz IV angewiesen waren.

Wir leben in einem reichen Land. Zwei Millionen Kinder in Hartz IV sind beschämend.

Die VdK-Präsidentin Ulrike Mascher: „Dringend notwendig ist eine Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze der über zwei Millionen Kinder und Jugendlichen“.

**Antikapitalistische
Demonstration
200 Jahre Karl Marx**

Trier

Samstag, 5. Mai 2018

9.30 Uhr, Viehmarktplatz

Kundgebung 11 Uhr, Porta Nigra Platz



Die Karl-Marx-Eiche in Mörfelden vergessen?

Es war ein Höhepunkt der Friedensbewegung. Millionen demonstrierten gegen neue Raketen, für den Frieden. Das hatte auch Einfluss auf die Kommunalpolitik.

Auf einer Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober 1983 gab es einen Antrag der SPD-Fraktion, Eichen auf dem Rathausplatz in Mörfelden zu setzen. Die eine sollte die Marx-Eiche, die andere eine Luther-Eiche sein. Die DKP brachte einen weiteren Vorschlag ein, eine Friedens-Linde sollte gepflanzt werden. Besonders Kurt Oeser engagierte sich dafür. Die Anträge wurden von SPD, DKP und den Grünen angenommen. Die CDU stimmte empört dagegen.

In unserer Stadt hatte es schon früher Bäume gegeben, die einen Namen trugen. Beispiel: Am 10. November 1883, pflanzte man am Mörfelder „Dalles“ anlässlich des 400jährigen Geburtstages von Martin Luther in einem feierlichen Akt eine Luther-Linde. Die DKP-Fraktion begrüßte es, dass dem Begründer des deutschen Protestantismus, anlässlich seines damaligen 500. Geburtstages, auf diese Weise gedacht werden soll. Luther, 1483 in Eisleben geboren, wurde in diesem Jahr in beiden deutschen Staaten geehrt.

Auch der zweite Namensvorschlag fand die volle Unterstützung der DKP. Karl Marx, am 5. Mai 1818 im damals 12.000 Einwohner zählenden Trier geboren, hat die Welt verändert.

Als Karl Marx, der am 14. März 1883 starb, auf dem Londoner Highgate-Friedhof zu Grabe getragen wurde, sagte sein Freund und Mitkämpfer Friedrich Engels: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben.“ Wilhelm Liebknecht, einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, sagte am Grabe: „Statt zu trauern,

wollen wir im Geiste des großen Toten handeln, mit aller Kraft streben, daß möglichst bald verwirklicht werde, was er gelehrt und erstrebt hat. So feiern wir am besten sein Gedächtnis“. Die DKP-Fraktion begründete den Beschluss „Friedens-Linde“: „Die Erhaltung des Friedens ist Voraussetzung für alles. Nur im Frieden können wir in unserer Gemeinde für die Bürger wirken. So wirken denn auch viele Bürger in der hiesigen Friedensinitiative gegen die neuen Raketen, Parteilose, engagierte Christen, Sozialdemokraten, Grüne und Kommunisten treten gemeinsam auf. Hunderte Bürger unserer Stadt beteiligten sich an den Aktionen der Friedensbewegung. Ein Friedensbaum in unserer Stadt hat mehr als symbolische Bedeutung, er bedeutet Unterstützung, Parteinahme und Solidarität.“

Es sieht so aus, als hätte man die Beschlüsse des Stadtparlaments im Rathaus ignoriert, was natürlich nicht in Ordnung ist. Man sollte das nachholen. Am 5. Mai 2018 wird Marx 200 Jahre alt.



David New pflanzt einen Mandelbaum in der Mörfelder Altstadt. Seine Familie flüchtete einst vor den Nazis.

David New ist der Sohn von Herbert Neu, der mit seinem Bruder Heinz, den Eltern und Großeltern (Theodor und Frieda Schott) in der Westendstraße aufwuchs.

Die Familie verließ 1935 Mörfelden, lebte bis 1938 im Odenwald beim Großvater väterlicherseits und wanderte dann in die USA aus. Zwei Mal kamen die Brüder Neu, beziehungsweise New, zurück in ihre Geburtsstadt, zuletzt im Mai 1998 zusammen mit zwölf weiteren ehemaligen jüdischen Einwohnern. Als Zeitzeugen berichteten sie damals, wie Juden die Zeit des Nationalsozialismus in Mörfelden erlebten. Mit der Baumpflanzung wurden kleine Tafeln angebracht, die an diese Geschichte erinnern.



Am 19. April wurde ein neuer Einkaufsmarkt eröffnet dort, wo sich einst Netto befand. Seit langem warteten die Bewohner westlich der Bahnlinie auf eine neue Einkaufsmöglichkeit in ihrem Viertel. Nach der Schließung des Nettomarktes im Herbst 2015 hatte sich eine Bürgerinitiative gebildet, um der Forderung nach einem neuen Discounter Nachdruck zu verleihen. Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL hatte die fehlende Nahversorgung mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, Informationstreffen und parlamentarischen Anfragen immer wieder zum Thema gemacht. Die aktive Bürgerinitiative und die DKP/Linke Liste hat mit ihrer Beharrlichkeit dazu beigetragen, dass die Bewohner dort wieder „fußnah“ einkaufen können. Konkrete Kommunalpolitik vor Ort!



„Wer sich so benimmt, will Krieg!“

Opel hatte früher für unsere Stadt eine riesige Bedeutung. Die Zahl der Opel-Arbeiter ist zwar stark zurückgegangen, aber immer noch arbeiten viele aus unserer Stadt bei „Opel“. Und viele mehr verfolgen interessiert die dortige Entwicklung. Hier braut sich einiges zusammen.

Seit der Übernahme durch den französischen PSA-Konzern (*Peugeot Société Anonyme*) 2017 lief die Gerüchteküche unter den Opel-Beschäftigten, welche Pläne der neue Inhaber für die noch 19.000 Opelner in den verbliebenen Werken Rüsselsheim, Eisenach und Kaiserslautern hat.

Als Ende 2017 die Grundzüge des neuen „Zukunftsplanes“ mit dem Namen „PACE“! bekannt wurden, wurde die Ungewissheit unter den Beschäftigten nicht besser.

Einerseits ist dort davon die Rede, dass die Produktionskosten um 20% gesenkt und pro Fahrzeug 700 Euro weniger ausgegeben werden sollen. Andererseits will man ohne betriebsbedingte Kündigungen und Werksschließungen auskommen. Vereinbart ist der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bislang allerdings nur bis Ende 2018.

Bei den Leiharbeitern läuft indessen bereits ein Personalabbauprogramm: Allein am Stammsitz Rüsselsheim verloren in den vergangenen Monaten Hunderte Leiharbeiter ihren Job. Außerdem wurden Überstunden gestrichen und die Altersteilzeitprogramme auf weitere Jahrgänge ausgeweitet.

In den britischen und spanischen Werken wurden kürzlich Lohnkürzungen im Gegenzug für Investitionszusagen und Produktionsgarantien für bestimmte Fahrzeugmodelle vereinbart, ähnlich in Polen und Ungarn. Übergreifende Solidarität zwischen den

einzelnen Belegschaften sind derzeit nicht spürbar, die Taktik des „Teile und herrsche“ scheint aufzugehen.

Die von IG Metall und Metallarbeitgebern ausgehandelten Lohnerhöhungen will PSA „aussetzen“ und „stunden“ lassen. Der Betriebsrat und die IG Metall bestehen dagegen auf der Einhaltung der Tarifverträge und setzen auf Arbeitszeitverkürzungen. Sie können sich dabei auf die 7000 Opel-Kollegen, die am 16. Januar vor der Rüsselsheimer Opel-Zentrale für die Tarifforderungen der IG Metall demonstrierten, stützen.

Die Brutalität mit der PSA vorgeht ist bemerkenswert. Der Betriebsrat: „PSA stellt gültige Tarifverträge brutal in Frage!“ Die IG Metall: „Verträge sind einzuhalten!“

PSA versucht die Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Standorte gegeneinander auszuspielen. PSA-Chef Tavares brüskierte Politiker, Gewerkschafter und Betriebsräte, in dem er bei einem vorgesehenen Treffen gar nicht erst erschien.

„Autoprofessor“ Dudenhöffer befürchtet die Schließung des Werkes Eisenach: „Wer sich so benimmt, will Krieg!“

Danke

Wir bedanken uns für Hinweise und Ideen und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37 5085 2553 0009 0034 19

„Das ganze schrecklich schöne Leben“.

Biographie von Konstantin Wecker.

Die lang erwartete Biographie des 70jährigen, die so ungewöhnlich ist wie das Leben und Schaffen des Kraftgenies der großen deutschen Liedermacher. Sein „uferloses“ Leben hat dazu beigetragen, dass Konstantin Wecker zu einer öffentlichen Persönlichkeit gereift ist, dessen Wort Gewicht hat und in Zeiten von Rechtsruck, Turbokapitalismus und Kriegspolitik absolut notwendig ist.

Entstanden ist ein farbiges Puzzle, aus dem sich das Charakterbild eines Ausnahmekünstlers Stück für Stück zusammenfügt. „Sicherlich kein allzu edles Leben“, so schildert er sich selbst. Selbstkritisch - und doch ein mutiges, von der Muse überreich gekusstes Leben, das unzählige Menschen inspiriert hat.

Er schreibt: „Was gibt es denn Besseres, als ein Narr zu sein in dieser pragmatischen und sinnfreien Welt? Nicht, weil man sie dadurch besser verstehen könnte, sondern weil man ihr dadurch liebevoller und dennoch rebellisch begegnen und entgegenstehen kann.“

Und weiter führt er aus: „Ich bin nicht am Anfang und auch nicht am Ende. Ich bin hoffentlich immer noch mittendrin. Weiterhin fehlerhaft und lernend, närrisch und zornig, liebevoll und verzweifelt. Und in der Hoffnung auf weitere Sommer, die nicht mehr weit sind, will ich versuchen, nach Maßgabe dessen, was mir gegeben ist, das Beste zu tun.“

Das Buch ist erschienen im Gütersloher Verlagshaus und kostet 24,99 Euro.

Gleichzeitig ist ein Album mit fünf CDs „Poesie und Widerstand“ erschienen. Das ist zwar nicht ganz billig, doch es lohnt sich. Besonders hat gefallen die CD „Raritäten“, die den jungen Wecker mit seinem Vater präsentiert. Ist das wirklich der Konstantin, mit dieser klaren klassischen Stimme? Man ist mehr als verwundert.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Nicht alles gefallen lassen

Der Absatz des Riesenfliegers A 380 schwächelt. Die Lufthansa hat nur 14 Maschinen dieses Typs in ihrer Flotte. Eine „halbe Halle“ reicht für die Wartung daher völlig aus und für diese wäre an anderer Stelle auf dem Flughafengelände Platz vorhanden gewesen, heißt es heute. Aber der Wald ist gerodet, riesige Flächen betoniert.

Bei der Planfeststellung wurden für das Jahr 2017 etwa 650.000 Flugbewegungen angenommen. Im Zusammenhang mit dem Bau des Terminals 3 habe man die Zahl vor wenigen Jahren auf ca. 500.000 Flugbewegungen korrigiert.

Nun nannte Fraport die tatsächlichen Flugbewegungen für das Jahr 2017: es waren 475.537.

Soviel zur Herangehensweise der Flughafen-„Elite“: „Erst sägen, dann denken!“

Nun aber sind erneut große Waldrodungen und gewaltiger Flächenverbrauch rund um den Flughafen angekündigt.

Das Terminal 3, der neue Autobahnanschluss, die S-Bahntrasse, Gateway Gardens, der Flugsteig für Billigflieger. Wer seinen Enkeln und Urenkeln dort mal Wald zeigen will, sollte sich die Sache mal ansehen und Schlüsse ziehen. Man sieht sich vielleicht bei der nächsten Demonstration. Montags im Terminal 1 oder an der Baustelle vom geplanten Terminal 3. Die Besetzer freuen sich.

Landeverbot für Ryanair wäre notwendig

Auch in den ersten elf Tagen im April 2018 blieb Ryanair sich treu: 13 Mal setzten die Flugzeuge der Airline nach 23 Uhr in Frankfurt auf. Damit haben die Iren mit 46% weiterhin den Löwenanteil an der Gesamtheit der Verspätungslandungen.

Dass die Nachtruhe durch verspätete Ankünfte nach 23 Uhr, erheblich gestört wird, ist leider immer wieder ein brisantes Thema im Rhein-Main Gebiet. Im letzten Herbst spitzte sich



die Situation besonders zu, als die neu am Flughafen angesiedelten Low Cost Carrier - wie Ryanair und andere Ferienflieger - immer wieder nach 23 Uhr landeten. Nachdem die Verspätungsflüge von Ryanair im Februar 2018 durch die Luftaufsichtsbehörde auf neun Flüge reduziert werden konnten, ist die Zahl der Landungen nach 23 Uhr wieder auf 39 Flüge angestiegen. Der grüne Verkehrsminister Tarek Al-Wazir prüft mal wieder. Ein Landeverbot kommt wohl wieder nicht infrage.

Dabei weiß Ryanair, was sie tut. In einer Info der irischen Airline für ihre Kunden heißt es: Wer online einen frühen Abendflug von Frankfurt nach London-Stansted oder zurück bucht, bekommt folgende Information: „Dieser Flug ist oft mehr als 30 Minuten verspätet.“

Das ist natürlich völlig unbedenklich

... heißt es jedesmal, wenn wir über das Ablassen von Kerosin berichten. So wird es sicher auch jetzt wieder sein.

Am Karfreitag hat ein Tankflugzeug der US-Luftwaffe über der Pfalz 43 Tonnen Kerosin abgelassen. Die Deutsche Flugsicherung (DFS) bestätigte den Vorfall.

Die Maschine war am frühen Nachmittag auf dem US-Flugplatz Ramstein gestartet. Ziel war ein Flughafen in

den USA. Bereits kurz nach dem Start wurde dieser Flug abgebrochen. Auf Anfrage konnte die Flugsicherung keine Angaben zur Ursache machen. Der Treibstoff wurde in 4572 Meter Höhe abgelassen. Es war bereits der vierte bekannt gewordene Kerosin-Notablass über der Pfalz seit Jahresbeginn. Aber wie gesagt: „völlig unbedenklich“.

Was will die Bürgerinitiative?

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“ ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen.

Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs.

Gemeinsame Ziele sind u.a.:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens,
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr,
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung,
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen: durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.

Stadtgeschichten



Ein Blick auf eine Baustelle in Walldorf, Anfang des 20. Jahrhunderts, etwa in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Es wurde damals noch sehr selten fotografiert und so stellten sich sämtliche am Bau tätigen Maurer und Zimmerleute vor dem Fotografen in Positur. Der oben in der Mitte Stehende, mit Hut und Jacke, die Wasserwanne in der Hand, war wohl der Polier. Er hat sicher auch erlaubt, dass sich die drei Buben auf die Mauer setzen konnten. Es ist auch anzunehmen, dass der Neubau, wie das Nachbarhaus, ein so genanntes „Franzosendach“ erhält. Diese Dachform, bei der das erste Geschoss seitlich keine gemauerten Außenwände besaß, sondern von den Zimmerleuten in die Dachkonstruktion einbezogen und mit Ziegeln verkleidet wurde, war damals stark in Mode. Verwendung fanden hierbei die so genannten Biberschwänze, eine der ältesten Ziegelarten, die, wie auf dem Foto zu sehen, bereits neben dem Rohbau gelagert waren.

Zwei der unten sitzenden Zimmerleute haben ein Breitbeil in den Händen und der daneben stehende eine Trummsäge. Dies besagt, dass die Balken und Sparren für das Dach und die Decken damals noch behauen und mit der Hand geschnitten wurden. Die Arbeit am Bau war damals und ist heute noch Schwerstarbeit. Der Beruf „Maurer“ wurde erst im Jahre 1934 auch als Lehrberuf anerkannt. Vorher kamen die Jugendlichen, die mal Maurer werden wollten, auf die Baustellen und waren erst einmal „Kaffeebub“ und „Speisbub“, d. h. sie mussten den Kaffee kochen und den Speis (Mörtel aus Sand, Kalk und Zement) herrichten. Wenn der Ruf „Speis bei'n Jakob“ erschallte, hieß es, mit dem „Vogel“ (ein Gefäß, das auf der Schulter getragen wurde) den Mörtel zu den Mauernden bringen.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Shiatsu-Massageworkshop mit B. Rollwagen
Samstag, 5. Mai, 11:00-12:30 Uhr, Eintritt frei

#tanzbar
Samstag, 5. Mai, 20 Uhr, Eintritt 3 €

Aus anderer Schüsseln schmecktes immer besser!
Mittwoch, 9. Mai, 18 Uhr, Essen 10 € (Stadtpass frei),
Getränke extra - VVK im Integrationsbüro

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 17. Mai, 20 Uhr, Eintritt frei

Country und Blues Jam Session
Freitag, 18. Mai, 20 Uhr, Eintritt frei

ChooChoo Kolibri
Samstag, 19. Mai, 20 Uhr, Eintritt: 8 €/6 €,
VVK im KuBa u. Buchhandlung Giebel

Bal Folk Session für Musiker und Gäste
Mittwoch, 23. Mai, 19 Uhr, Eintritt frei

Quiz
Freitag, 25. Mai, 20 Uhr, Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch
De Karl hot
Geburdsdaach.
Merr mache
aaner druff!